

DIE LINKE.

... hilft!

Beraten. Organisieren. Kämpfen.

**Wir sind Kümmererpartei.
Aus Überzeugung.**

Nicht vergessen:

Am Infostand des Landesvorstandes
Material für den ‚heißen Herbst‘ und
‚DIE LINKE hilft‘ abholen!

3. Tagung

16. Landesparteitag

5. November 2022 in Löbau

Arbeitsheft 2

Informationen

R. Regularien

A. Leitantrag

B. Berichte

C. Sachanträge

D. Dringlichkeitsanträge

F. Parteiinterna

K. Kandidaturen

DIE LINKE.

LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

Informationen

Info	1. Finta*Plenum	4
Info	Awarenessteam	5

R. Regularien

ÄR.1.1.	Änderungsantrag: Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes	7
R.2.1.	Vorschlag für den Zeitplan	9
ÄR.3.1.	Änderungsantrag: Streichung elektronische Abstimmungen	10
ÄR.3.2.	Änderungsantrag: Widerspruch Auslegung Tagungsleitung	11
ÄR.3.3.	Änderungsantrag: Ersetzung Antrags- und Redaktionskommission	12
ÄR.3.4.	Änderungsantrag: Überarbeitung - Gendern	13
ÄR.5.1.	Änderungsantrag: Losentscheid	14

A. Leitantrag

ÄA.1.1.1.	Änderungsantrag: Ergänzung schutzbedürftige Gruppen	16
ÄA.1.1.2.	Änderungsantrag: Einfügung Behindertenwerkstätten	17
ÄA.1.1.3.	Änderungsantrag: Streichung des Zitates	18

B. Berichte

B.1.	Bericht der Ombudsperson	20
B.2.	Bericht des Landesrates	22

C. Sachanträge

ÄC.2.1.	Änderungsantrag: Ergänzung Sprach-Kitas	24
ÄC.2.2.	Änderungsantrag: Ersetzung Mehrarbeit	25

D. Dringlichkeitsanträge

D.1.	Keine Herabstufung sächsischer Kommunen bei der Wohngeldreform	27
D.2.	Unterstützung des Arbeitskampfes bei Teigwaren Riesa	28

F. Parteinterne

ÄF.1.1.	Änderungsantrag: Verschiebung des Beschlusses zu einem neuen Finanzkonzept	31
ÄF.1.2.	Änderungsantrag: Festlegung der Aufgaben der Landesebene	32
ÄF.1.3.	Änderungsantrag: Grundpauschale	33
ÄF.1.4.	Änderungsantrag: Personalkosten KV/SV	34
ÄF.1.5.	Änderungsantrag: Verteilschlüssel	35
ÄF.2.1.	Änderungsantrag: Verschiebung des Beschlusses zu einem neuen Finanzkonzept	36
ÄF.5.1.1.	Änderungsantrag: Eingrenzung der Zusammensetzung	37
ÄF.5.1.2.	Änderungsantrag: Ergänzung Sprecher*innen	38
ÄF.5.1.3.	Änderungsantrag: Ersetzungen Zusammensetzung	39
ÄF.5.1.4.	Änderungsantrag: Ersetzung Übergangsregelung	41
ÄF.5.1.5.	Änderungsantrag: Ergänzung Anzahl Vorsitz LTF	42
ÄF.12.1.	Ersetzungsantrag: Auflösung der LAG Deutsch Russische Freundschaft	43

K. Kandidaturen

Landesvorstand	51
----------------------	----

1. Finta* Plenum

auf der 3. Tagung
des 16. Landesparteitages
5. November 2022, in Löbau

DIE LINKE.

Vorschlag Ablauf

1. Begrüßung, Vorstellung der Tagesleitung, Ablauf
2. Rechte der Frauen* und Feminismus in der LINKEN
 - Inputreferat: Cornelia Ernst
 - offene Diskussionsrunde
 - Werbung für Vertrauenspersonen
3. Frauennetzwerke: Miteinander statt nebeneinander :-))
 - Austausch & Vernetzung über Erfahrungen, Probleme und Vorhaben
 - Frauen*förderplan
4. Sonstiges
 - Tag gegen Gewalt an Frauen (25.11.2022)

Hinweis zur Teilnahme

Auf dieser **Finta***Beratung gewährleisten wir einen Schutzraum für **Frauen***, **Inter*** Menschen, **nicht-binäre Menschen**, **trans*Personen** und **agender Menschen**. Daher sind nur diese Gruppen für das Finta*Plenum eingeladen.

Info: Durch das Akronym FINTA* sind Frauen*, sowie Inter*, nicht-binäre und trans* Personen, sowie Menschen, die sich ohne Geschlechtsidentität erleben ("agender") bezeichnet. Auch andere Selbstbezeichnungen von Menschen, die sich nicht mit den gesellschaftlichen Kategorien männlich oder weiblich identifizieren, wie beispielsweise genderqueer, sind eingeschlossen. Die Selbstidentifikation ist ausschlaggebend, ob eine Person zur Gruppe der FINTA* gehört.

Awarenessteam

Wir möchten einen möglichst diskriminierungsarmen Raum für alle schaffen. Dafür wird es dieses Mal ein Awareness-Team auf dem Landesparteitag geben. Das Team ist Ansprechpartner*in für alle Teilnehmenden die sich durch konkretes Verhalten anderer eingeschränkt fühlen, also Grenzüberschreitungen erleben, Beispiele wären sexistische Anmerkungen oder ungewollte Berührungen. Ziel ist es, Konflikte durch Rücksprache mit allen beteiligten Menschen zu lösen und einen Weg zu finden, in dem sich alle entfalten können. Wir stehen dabei immer solidarisch an der Seite der Betroffenen.

Wenn ihr Zeugen von Vorkommnissen werdet, die eurer Meinung nach auf dem LPT nichts verloren haben, in eine Situation geratet, die euch belästigt oder die ihr nicht alleine lösen könnt, wendet euch möglichst an die Personen, die am Anfang für das Awarenesssteam vorgestellt wurden. Auch wenn ihr euch nicht sicher seid, oder erstmal einfach jemanden zum Sprechen braucht oder einen neutralen Raum in dem ihr nicht gestört werdet, sind wir für euch da.

Um die Awarenessarbeit im Verband festigen zu können, veranstaltet die linksjugend vom 25.11.-27.11. in Ammeldorf eine Herbstakademie, auf der Einführungs- und Vertiefungskurse zur Awarenessarbeit sowie die Erarbeitung eines Awarenesskonzeptes angeboten werden. Wir rufen alle Interessierten dazu auf sich über folgende Adresse anzumelden um diese notwendige Arbeit auch zukünftig stemmen zu können.

www.linksjugend-sachsen.de/herbstakademie-2022

Regularien

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R. 1. Vorschlag für die Tagesordnung****ÄR. 1. 1. Änderungsantrag: Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes**

Einreicher*innen: Stadtvorstand Zwickau

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Aufnahme eines zusätzlichen inhaltlichen Tagesordnungspunktes für die 3. Tagung des 16. Landesparteitages in Löbau:

„Gegen den Krieg in der Ukraine – Konsequenzen für unsere politische Arbeit als Motor der Friedensbewegung“

Die damit verbundenen Darlegungen und Diskussionen sollten in einer **Empfehlung an die Bundes- und Landespartei** münden, den Kampf um eine bessere und gerechtere Energiepreispolitik sowie der damit verbundenen Problematik des sozialen Friedens stärker auf der Grundlage und im Kontext mit der Frage der Lösung des Konflikts in der Ukraine zu führen. Bundes- und Landespartei sind gleichermaßen aufgerufen, in diesem Zusammenhang **das pazifistische und antiimperialistische Profil der Linken herauszustellen und zu stärken und Die Linke als eine treibende Kraft der Friedensbewegung aufzustellen.**

Begründung:

Der Ukraine-Russland-Krieg ist eine menschliche Katastrophe vor unserer Haustür und auch die Hauptursache für die explodierenden Energiepreise, welche Existenzen und den sozialen Frieden in unserem Land bedrohen. Indem sich Die Linke gegen den Krieg ausspricht und Vorschläge für eine schnellstmögliche Beendigung dieses gegenseitigen Abschlachtens vor den Augen der größtenteils schweigenden Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt unterbreitet, tragen wir letztlich auch – im Kontext des „Heißen Herbstes“ – zur Rückkehr zu einer berechenbaren Energie-, Preis- und Finanzpolitik, zum Kampf gegen eine rasante Inflation und einer weiteren Verarmung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen bei. Die für die Bundeswehr durch die Bundesregierung und den Bundestag zugesagte „Wahnsinnsumme“ von zusätzlich 100 Mrd. € wäre damit auch vom Tisch und könnte z.B. für die Abfederung der Auswirkungen des Krieges in Deutschland, die Beseitigung der Kriegsfolgen in der Ukraine und die Linderung von Hungersnot in der Dritten Welt als Folge ausbleibender Getreideimporte eingesetzt werden.

Die zu Kriegsbeginn organisierten Protestaktionen gegen den Krieg, müssen – im Bündnis mit anderen friedliebenden bzw. pazifistischen Kräften – erneut aufgenommen und bis zum Ende des Krieges kontinuierlich fortgesetzt werden. Das Profil der Partei Die Linke als einer Antikriegspartei und antiimperialistischen Vereinigung kann und muss – auch mit Blick auf bevorstehende Wahlen – hierbei deutlich und geschärft werden. Die Linke muss zum Motor einer neuen, parteiübergreifenden Friedensbewegung werden.

Zudem muss sich Die Linke auf der Grundlage gefasster Beschlüsse zu dieser seit dem 2. Weltkrieg schlimmsten kriegerischen Auseinandersetzung in Europa permanent öffentlichkeitswirksam und in jedem Falle geschlossen platzieren. Sporadische Statements einzelner Linken-Politiker, die sich zudem noch teilweise widersprechen sowie teilweise persönliche, kontraproduktive Anfeindungen gegen renommierte Parteimitglieder nach sich ziehen, reichen hierzu nicht aus.

Die Gefahr eines 3. Weltkrieges, der auch einen nuklearen Waffeneinsatz bedeuten kann, ist mindestens genauso groß wie während der Kuba-Krise oder der Stationierung von Pershing- und SS-20-Raketen in der Hochzeit des Kalten Krieges. Das ist vielen Menschen nicht bewusst, wozu unsere in dieser Frage weitestgehend gleichgeschaltete und einseitig informierende Medienlandschaft in großem Maße beiträgt. Die Linke muss die deutsche und internationale Öffentlichkeit mit dieser Tatsache einer realen Kriegsgefahr in Europa und in der Welt – wenn es geht, täglich und öffentlichkeitswirksam – konfrontieren und entsprechend initiativ werden. So wichtig wie die Aktionen zum „Heißen Herbst“ sind, sie lenken in gewisser Weise von der eigentlichen Ursache des Energiepreisdilemmas – dem Russland-Ukraine-Krieg und der darin zum Ausdruck kommenden Bestrebungen zu einer politischen und geostrategischen Neuaufteilung der Welt unter alte und neue, in jedem Falle aber menschenverachtende Imperien – ab. Unser Engagement um sozial verträgliche und gerechte Energie- und Strompreise muss viel stärker als bisher mit dem friedenspolitischen Engagement der Partei Die Linke gekoppelt werden. Der Kampf um Frieden in der Ukraine ist als eine unabdingbare Voraussetzung für die Rückkehr zu kalkulierbaren und für den Einzelnen spürbar besseren Energiepreisen zu benennen.

Anmerkungen und Vorschläge:

Inhaltliche Schwerpunkte, konträre Standpunkte – auch in der Linkspartei – und ggf. Lösungsansätze sollten in einem Einführungsvortrag (ca. 10 Minuten) mit anschließender Diskussion und Beschlussfassung herausgearbeitet werden.

Dieser Antrag wurde u.a. dem Landesrat als Antrag des Landesrates zur Abstimmung vorgelegt. Er erhielt in der Abstimmung eine deutliche Mehrheit: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung. Allerdings reichten die abgegebenen Stimmen nicht für das erforderliche Quorum aus (weniger als 30% Stimmabgabe).

Daraufhin wurde dem Landesvorstand das Papier als persönlicher Antrag von Detlev Freyhoff auf seiner letzten Sitzung vorgelegt und lediglich von Stefan Hartmann – allerdings ablehnend – diskutiert. Begründung der Ablehnung sei, dass es einen Standpunkt/Beschluss der Linkspartei zum Ukraine-Krieg gibt und der Antrag damit unnötig sei. In gleicher Weise wurde der Antrag im Landesrat auch von Steffi Brachtel, einer der SprecherInnen, ablehnend zur Kenntnis genommen.

Das kann so nicht akzeptiert werden, da es nicht nur um eine gemeinsame und geschlossene Positionierung der Linken in der o.a. Frage geht, sondern darum, die Linkspartei **durch entsprechende Aktionen** in der Frage der Bekämpfung des Krieges und der Lösung des Konfliktes **als treibende Kraft – als Motor also – der Protestbewegung in Deutschland** zu platzieren und wahrzunehmen. Zudem zeigen Statements von Linkenpolitikern in der Öffentlichkeit und Reaktionen darauf – die bis hin zu Parteiaustritten führten –, dass es dringend einer tiefgehenden innerparteilichen Diskussion in dieser Frage bedarf. U.a. nimmt dies auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Anlass für eine im Oktober beginnende Veranstaltungsreihe hierzu.

In seiner letzten Sitzung hat der Stadtvorstand der Die Linke in Zwickau beschlossen, den Antrag als kollektives Papier des Stadtvorstandes auf dem Landesparteitag in Löbau einzubringen.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages

5. November 2022

R. Regularien**R.2.1 Vorschlag für den Zeitplan**

Einreicher*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgenden Zeitplan beschließen:

10:00 – 10:10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages
10:10 – 10:40 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages
10:40 – 10:50 Uhr	Grußworte
10:50 – 11:10 Uhr	Rede Martin Schirdewan, Parteivorsitzender
11:10 – 12:30 Uhr	Generaldebatte (zur Rede des Parteivorsitzenden und zu den aktuellen gesellschaftlichen Krisen sowie zur Lage der Partei)
12:30 – 13:00 Uhr	Einbringung Leitantrag durch die Landesvorsitzenden
13:00 – 14:00 Uhr	Mittagspause
14:00 – 14:30 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung zum Leitantrag an den Landesparteitag
14:30 – 15:30 Uhr	Finta*-Plenum
15:30 – 16:00 Uhr	Berichte an den Landesparteitag
16:00 – 16:30 Uhr	Diskussion zu einem neuen Finanzkonzept
16:30 – 17:30 Uhr	Behandlung von Satzungsänderungsanträgen und weiteren Anträgen an den Landesparteitag
17:30 – 18:00 Uhr	Nachwahlen
18:00 Uhr	Schlussworte und Ende der Tagung

Begründung:

Nach umfangreichen Beratungen hat die Landesschatzmeisterin den Landesvorstand informiert, dass sie gemeinsam mit anderen auf dem Landesparteitag die Nichtbefassung mit den verschiedenen Vorschlägen zu einem neuen Finanzkonzept empfehlen wird. Wir gehen davon aus, dass dadurch für den entsprechenden TOP deutlich weniger Zeit notwendig sein wird. Die hier gewonnene Zeit wollen wir dafür nutzen, der Generaldebatte zu den aktuellen gesellschaftlichen Krisen und zur Lage der Partei deutlich mehr Raum zu geben. Wir sind der Auffassung, dass damit der Intention des ÄR. 1.1. (Stadtvorstand Zwickau) in der Sache entsprochen wird, über den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Positionen der Partei dazu zu debattieren.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R.3. Vorschlag für die Geschäftsordnung****ÄR.3.1. Änderungsantrag: Streichung elektronische Abstimmungen**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

In Ziffer (4) des Antragstextes werden der dritte und der vierte Absatz („Das Tagungspräsidium... ersetzt.“) gestrichen.

Begründung:

Elektronische Abstimmungen sind unsicherer, weniger transparent und oft (bei vielen technischen Problemen) auch zeitaufwändiger. Wirklich offene Abstimmungen (bei denen sichtbar ist, wer wie abstimmt) sind nicht möglich, und die Aussagen im vierten Absatz machen deutlich, dass das auch für namentliche Abstimmungen gilt.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R.3. Vorschlag für die Geschäftsordnung****ÄR.3.2. Änderungsantrag: Widerspruch Auslegung Tagungsleitung**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

In Ziffer (10) des Antragstextes wird am Ende des zweiten Absatzes (nach „einzubrufen.“) eingefügt:

*„Wird der Auslegung durch die Tagungsleitung oder durch das Tagungspräsidium durch mindestens eine*n stimmberechtigte*n Delegierte*n widersprochen, ist eine Entscheidung des Landesparteitags herbeizuführen.“*

Begründung:

Die Auslegung kann im Streitfall nicht allein der gerade fungierenden Tagungsleitung obliegen. Das könnte sonst im Extremfall sogar bedeuten, dass gleichartige Dinge nach Wechsel der Tagungsleitung plötzlich anders gehandhabt werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

**DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R.3. Vorschlag für die Geschäftsordnung****ÄR.3.3. Änderungsantrag: Ersetzung Antrags- und
Redaktionskommission**Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Im ersten Satz von Ziffer (23) des Antragstextes wird „Antragskommission“ durch „Antrags- und Redaktionskommission“ ersetzt.

Begründung:

Verwendung derselben Bezeichnung wie im übrigen Text

Entscheidung des Landesparteitages:

**DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R.3. Vorschlag für die Geschäftsordnung****ÄR.3.4. Änderungsantrag: Überarbeitung - Gendern**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Am Ende des Antragstextes (nach Ziffer (26)) wird folgender Text angefügt:

„Der Landesgeschäftsführer wird beauftragt, die Geschäftsordnung hinsichtlich der Verwendung der im Landesverband üblichen Art und Weise des Genderns des Textes zu überarbeiten.“

Begründung:

sollte selbsterklärend sein

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

R. Regularien**R.5. Vorschlag für die ergänzenden Versammlungsbeschlüsse****ÄR.5.1. Änderungsantrag: Losentscheid**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Ziffer (4) des Textes erhält folgende Fassung:

Bei gleicher Stimmenzahl, die nicht die Wahl der direkt gewählten Landesvorstandsmitglieder betrifft, wird auf Stichwahlen verzichtet, stattdessen entscheidet das Los.

(zu § 11 Abs. 3)

Begründung:

Eigentlich sollten aus Demokratiegründen Stichwahlen stattfinden. Wenn darauf schon aus Zeitgründen verzichtet wird, sollte wenigstens ein nicht personenbezogenes Verfahren gewählt werden. Niemand kann für ihr/sein Alter, und niemand sollte dies offenbaren müssen. Zu welchen kuriosen Ergebnissen das vorgeschlagene Verfahren führen kann, hat sich im übrigen bei der 1. Tagung des 16. Landesparteitages bei der Wahl des Landesvorstands (gemischte Liste) gezeigt.

Entscheidung des Landesparteitages:

Leitantrag

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

A. Leitantrag**A.1.1 Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten,
Beschäftigte schützen!****ÄA.1.1.1. Änderungsantrag: Ergänzung schutzbedürftige Gruppen**

Einreicher*innen: Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragter)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Zeile 21 alt:

„...schutzbedürftige Gruppen spüren die Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung“

in

Zeile 21 neu:

„...schutzbedürftige Gruppen, wie zum Beispiel Frauen*, Migrant*innen/Geflüchtete, LGBTQI oder Menschen mit Behinderungen...“

Begründung:

Fasst man Menschen als Gruppen unter einem Sammelbegriff zusammen, so erwächst die Gefahr, dass Gruppen unter diesem Sammelbegriff nur allzu oft in Vergessenheit geraten. Gerade bei Menschen mit Behinderungen, aber bestimmt auch bei vielen anderen, ist dies in der Vergangenheit aus unserer Sicht heraus leider nur allzu oft geschehen.

Ich beantrage deshalb hiermit, die „schutzbedürftigen Gruppen“ genauer zu benennen bzw. näher zu detaillieren.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

A. Leitantrag**A.1.1 Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten,
Beschäftigte schützen!****ÄA.1.1.2. Änderungsantrag: Einfügung Behindertenwerkstätten**

Einreicher*innen: Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragter)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

ab Zeile 114 nach „automatisiert in den Kernbetrieb zurückgedrängt werden.“ neu einfügen:

„Davon sind insbesondere auch Beschäftigte in Behindertenwerkstätten betroffen, da Behindertenwerkstätten häufig, wie in allen anderen Bereichen auch, zu den Zulieferbetrieben gehören, zum Beispiel für die Automobilbranche. Im Zuge der Veränderungen des Arbeitsmarktes muss aus unserer Sicht heraus dringend alles dafür getan werden, einen deutlich inklusiveren Arbeitsmarkt zu bekommen und mehr Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Alle dementsprechenden Anstrengungen sind daher deutlich zu unterstützen.“

Begründung:

Seit Dezember 2006 gibt es die UN-Behindertenrechtskonvention, die 2009 von Deutschland ratifiziert wurde und für alle Lebensbereiche gilt, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt. Seitdem wurden allenfalls kleine Trippelschritte unternommen. Eine wirkliche Inklusion ist aber in weiter Ferne, zumal durch die Corona Pandemie die Rückschritte zugenommen haben. Ein sich verändernder Arbeitsmarkt muss daher deutlich mehr behinderte Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt beschäftigen und inklusiver werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

A. Leitantrag**A.1.1 Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten,
Beschäftigte schützen!****ÄA. 1.1.3. Änderungsantrag: Streichung des Zitates**

Einreicher*innen: Birger Höhn (Landesinklusionsbeauftragter)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Zeile 182 – 184 Karl Marx-Zitat „Es muss doch etwas faul sein im Innersten eines Gesellschaftssystems, das seinen Reichtum vermehrt, ohne sein Elend zu verringern“ streichen!

Begründung:

Die Intention dieses Absatzes ist zwar eindeutig zu begrüßen und zu unterstützen, aber:
Das Wort „Elend“ ist, eindeutig negativ konnotiert – historisch auch aber eben nicht nur bei Menschen mit Behinderungen.

Außerdem ist zu bedenken, dass Karl Marx Äußerungen im Lichte der heutigen Erkenntnisse mindestens mal kritisch diskutiert werden müssen und es daher meiner Ansicht nach eher schwierig ist, auch dieses Zitat von ihm innerhalb des Leitantrages als Begründung der ansonsten richtigen Punkte zu zementieren und anzubringen.

Entscheidung des Landesparteitages:

Berichte

**DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

B. Berichte**B. 1. Bericht der Ombudsperson**Einreicher*innen: Dieter Gaitzsch, Ombudsperson

Weiterführung von Verfahren

Seit dem Bericht an die 2.Tagung des 16. Landesparteitages wurden folgende Anfragen weitergeführt:

Kreisvorstand Meißen

- Teilnahme an den KV Sitzungen am 29.04. und 09.05. mit Angebot eines Workshops zur gewaltfreien Kommunikation – Keine Reaktion des KV

Stadtvorstand Dresden

- 26.01.2022: Auf einer digitalen Mitgliederversammlung wurde der Rücktritt von 4 Genoss*innen aus dem Stadtvorstand kontrovers diskutiert und der Versammlung wurde ein Ombudsverfahren angeboten. Das Verfahren wurde begonnen, da es auf der Versammlung keinen Widerspruch gab.
- In der Folge wurde von einigen Genoss*innen ein professionelles Verfahren gewünscht. In Anbetracht der hohen Kosten wurde zunächst auf ein Verfahren durch die Ombudsperson in Betracht gezogen.
- Einer der betroffenen Genoss*innen nahm nicht an dem Verfahren teil, der Grund war mangelndes Vertrauen gegenüber der Ombudsperson.
- Die Gespräche wurden trotzdem fortgeführt.
- 11.05.2022 – Abschlussgespräch, die vorhandenen Konflikte konnten nicht gelöst werden (siehe neue Verfahren)

Neue Verfahren**Stadtverband Dresden**

Anfrage zu persönlichem Gespräch

- 23.05.2022 – Bitte eines Genossen zu persönlicher Aussprache wegen Beleidigung
- 12.06.2022 – Das Gespräch wurde vom Gegenpart abgelehnt

Stadtparteitag - Folgen

- 12.06.2022 – Stadtparteitag mit verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Genoss*innen, danach Gespräche mit den Betroffenen. Die Bereitschaft zur Vermittlung war bei den Beteiligten unterschiedlich.
- 16.06.2022 – erweiterte SV Sitzung mit Beschluss zur Eröffnung eines Schiedsverfahrens gegen 2 Genossen.

Kreisverband Sebnitz

- 18.04.2022 – Osterspaziergang im Kreis Pirna, Bitte um Hilfe im Ortsverband Sebnitz.
- 25.04.2022 – Treff mit der Kreisvorsitzende zu den Problemen im Ortsverband und zu der Situation in Meißen

- 29.04.2022 – Einladung zum Ortsvorstand am 02.05. nach Sebnitz.
- 02.05.2022 – Teilnahme an OV Sitzung, letztlich Einigung hinsichtlich der gemeinsamen Veranstaltung am 17.06.
- 13.06. Einladung zum geselligen Beisammensein in Sebnitz für 17.06.
- 17.06. Teilnahme an der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung in der Forellenschänke Sebnitz
- 21.06. Zusammenfassendes Mail an die Teilnehmer*innen der gemeinsamen Mitgliederversammlung

Ortsverband Meißen

- 13.06.2022 – Anruf einer Genossin zum Verhalten des OV hinsichtlich der Nachfolge für den verstorbenen Stadtrat Ingolf Brumm (parteilos) hinsichtlich dessen Nachfolge. Der Nachfolger Günter Jordan wird nicht in die Fraktion aufgenommen
- 14.06.2022 – Telefonat mit der Genossin.
- 04.07.2022 – Teilnahme an der Ortsversammlung. Der nachfolgende Genosse war anwesend. Die Genoss*innen waren teilweise nicht gut informiert.
- 15.07.2022 – Gespräch mit Günter Jordan und Vereinbarung eine Kontaktaufnahme mit Vertreter*innen des Jugendverbandes
- 15.07.2022 – Mail an Vertreter*innen des Jugendverbandes, keine Reaktion.

Berichte

03.09.2022 – Bericht vor dem Landesrat zu dem Vorkommnis auf dem Dresdner Stadtparteitag.

Weitere Aktivitäten

Teilnahme an der Debatte um die Schaffung eines Parteirates, um darin enthaltenes Konfliktpotential zu verringern.

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

B. Berichte**B.2. Bericht des Landesrates**

Einreicher*innen: Landesrat

Bericht des Landesrates für die Zeit zwischen 2. und 3. Tagung des 16. Landesparteitages (Mitte Mai bis Ende Oktober 2022)

Die letzte Legislatur war immer noch geprägt von Corona. Die Arbeitsweise hat sich zur Hälfte in den digitalen Raum verlegt, die andere Hälfte fand in Präsenz statt. Im Berichtszeitraum fanden drei Beratungen des Landesrates und eine gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand statt.

Ein Schwerpunkt waren wie immer die Finanzen des Landesverbandes. Wir beteiligten uns aktiv an den Debatten zum Finanzkonzept und diskutierten mit der Landesschatzmeisterin hierzu und über den ersten Entwurf für den Finanzplan 2023.

Natürlich machten auch die aktuellen Probleme der Politik, wie z.B. sehr unterschiedliche Positionen zu außenpolitischen Fragen, nicht halt vor dem Landesrat. Auch uns beschäftigten die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Hier haben wir dem Landesvorstand den Arbeitsauftrag erteilt, Veranstaltungsangebote zur Diskussion außenpolitischer Fragen unter den Mitgliedern zu organisieren. Nein, er soll nicht die Probleme aus der Welt schaffen, das kann wohl auch der beste Landesvorstand nicht erfüllen, aber dessen Mitglieder können den Diskussionen Raum und Platz geben und zu einem Austausch einladen. Ausgelöst von unserer o.g. Initiative hat der Landesgeschäftsführer die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gebeten, eine Debatte zum Thema Außenpolitik anzubieten. Diese findet am 22.11.2022, um 19 Uhr online unter dem Titel "Ukraine – mögliche Wege aus einem Krieg und die Veränderung der Welt" mit Ingar Solty (Referent Friedens- und Sicherheitspolitik der RLS) statt.

In Vorbereitung auf die 3. Tagung des Landesparteitages hat der Landesrat intensiv zu einigen der eingebrachten Anträge (Finanzkonzepte, Leitantrag, Antrag betreffs Parteirat) und auch über Änderungsanträge dazu diskutiert.

Ein wichtiger Teil unserer Beratungen waren wie stets die Berichte aus dem Landesvorstand, der Landtagsfraktion sowie aus Kreisverbänden und landesweiten Zusammenschlüssen und die Diskussionen dazu. Dieser Austausch ist uns sehr wichtig. Die planmäßige Berichterstattung von landesweiten Zusammenschlüssen und auch aus einigen Kreisverbänden werden wir intensivieren müssen, um auch hier unserer Kontrollfunktion noch besser gerecht zu werden. Das letzte Mittel als Kontrollgremium des Landesvorstandes, das Veto, mussten wir auch in dieser Legislatur nicht ziehen. Wir konnten mit dem Landesvorstand diskutieren, gemeinsam nach Lösungen suchen und auch sonst immer gut zusammenarbeiten.

Die Sprecher*innen des Landesrates führten die angeschobenen Dinge zur Verbesserung der Arbeit fort und boten in der Regel vor jeder Sitzung des Landesvorstands eine Vorberatung an, in der wir die Beschlussvorlagen schon mal durchgegangen sind, um uns dann in der Sitzung einzubringen und unsere Sichtweisen zu kommunizieren.

Alles in allem können wir nicht ganz, aber doch in weiten Teilen zufrieden zurückblicken und weiterhin für eine Mitarbeit im Landesrat werben. Verbesserungsbedarf besteht aber immer noch bei der Beteiligung eines Teils der Mitglieder. Dies betrifft sowohl die Beratungen als auch Abstimmungen im Umlaufverfahren.

Sachanträge

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

C. Sachanträge**C.2. Arbeitsmarkt in Sachsen sozial gestalten - Fachkräftemangel bekämpfen!****ÄC.2.1. Änderungsantrag: Ergänzung Sprach-Kitas**

Einreicher*innen: Anna Gorskih, Silvio Lang, Jens Matthis, Marika Tändler-Walenta

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Ergänzung nach:

- Schaffung von attraktiven Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen (z.B. durch eine angemessene Vergütung)
- kindergerechter Personalschlüssel, der auch Urlaub, Krankheit und Fortbildungen berücksichtigt

- *„Erhaltung der Sprach-Kitas in Sachsen: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist – jetzt erst recht. Angebote Spracherwerb und die Sprachentwicklung von Kindern sichern und damit auch die Fachkräfte.“*

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

C. Sachanträge**C.2. Arbeitsmarkt in Sachsen sozial gestalten - Fachkräftemangel bekämpfen!****ÄC.2.2. Änderungsantrag: Ersetzung Mehrarbeit**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Im dritten Absatz unter „Bildungs- und Sozialbranche“ wird
„Sächsische Lehrkräfte arbeiten in Vollzeit häufig über 48 Stunden pro Woche. Mehr als ein Drittel überschreitet sogar die gültige Arbeitsschutznorm von 48 Stunden.“

ersetzt durch

„Eine Mehrheit der sächsischen Lehrkräfte leistet regelmäßig Mehrarbeit. Mehr als ein Drittel der Vollzeitkräfte arbeitet sogar mehr als 48 Stunden, was gegen geltende Schutznormen zur Arbeitszeit verstößt.“

Begründung:

genauere Darstellung der Ergebnisse der Arbeitszeitstudie

Entscheidung des Landesparteitages:

Dringlichkeitsanträge

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

D. Dringlichkeitsanträge**D.1. Keine Herabstufung sächsischer Kommunen bei der Wohngeldreform**

Einreicher*innen: Caren Lay (KV Bautzen), Silvio Lang (KV Bautzen)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen fordert die Bundesregierung auf, von der Herabstufung von 41 sächsischen Kommunen im Rahmen der anstehenden Wohngeldreform abzusehen. Zudem wird die sächsische Landesregierung aufgefordert, sich über den Bundesrat gegen die Herabstufung sächsischer Kommunen und Landkreise einzusetzen.

Begründung:

Die bisherigen Pläne der Bundesregierung zur Wohngeldreform stellen anspruchsberechtigte Mieter*innen in 187 Gemeinden bundesweit schlechter, davon 41 in Sachsen. Betroffen sind die Menschen in: Bautzen, Borna, Chemnitz, Coswig, Dippoldiswalde, Flöha, Frohburg, Grimma, Hoyerswerda, Kamenz, Limbach-Oberfrohna, Mittweida, Neustadt i. Sa., Radebeul, Riesa, Weißwasser und Zwickau, sowie alle nicht gesondert genannten Kommunen im Landkreis Leipzig (Westsachsen). Diese Kommunen sollen aufgrund einer überholten Berechnungsmethode um eine „Mietstufe“ herabgesetzt werden. Mieter*innen können so geringere Zuschüsse auf ihre Kaltmieten erhalten, zudem wird die Hürde für den Wohngeldbezug höher gelegt.

Dies konterkariert die Intention der Wohngeldreform, nach der der Zugang erleichtert und das Wohngeld erhöht werden soll. Es steht außerdem im Widerspruch zur Tatsache, dass auch in Sachsen die Kaltmieten steigen, wenn auch langsamer als in anderen Landesteilen. Eine Kürzung bei den Zuschüssen für die Kaltmiete ist inakzeptabel und aus der Zeit gefallen. Das Argument, dass die Zuschüsse insgesamt aufgrund des neu eingeführten Heizkostenzuschusses steigen, kann nicht überzeugen, da diese Zuschüsse ja für die Kompensation der exportierenden Heizkosten vorgesehen sind.

Als LINKE lehnen wir das derzeitige Mietstufensystem ab, das einer realistischen empirischen Berechnungsgrundlage entbehrt. Ausgangspunkt für die Höhe des Wohngelds müssen die tatsächlichen Wohnkosten sein. DIE LINKE streitet für ein Wohngeld, das garantiert, dass kein Haushalt mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Bruttowarmmiete ausgeben muss.

Gleichzeitig zur Wohngeldreform muss ein Mietstopp eingeführt werden, damit Mietenhaushalte profitieren und der Staat nicht mit Wohngeldzahlungen die Profite privater Vermieter wie Vonovia finanziert. Perspektivisch soll mehr sozialer Wohnungsbau und eine neue Wohngemeinnützigkeit dauerhaft bezahlbare Wohnungen und damit weniger Bedarf an Wohngeld schaffen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Wohngeldreform ist erstmals am 15.10. im Deutschen Bundestag in erster Lesung vorgestellt und debattiert worden. Ein Parallelentwurf der Koalitionsfraktionen im Bundestag wird erst noch eingebracht. Somit lagen diese Ereignisse nach Ablauf der Einreichungsfrist für Anträge an den Landesparteitag. Daraus ergibt sich nach Abschnitt 21 (b) der GO des Landesparteitages die Dringlichkeit.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

D. Dringlichkeitsanträge**D.2. Unterstützung des Arbeitskampfes bei Teigwaren Riesa**

Einreicher*innen: LAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen erklärt seine Solidarität mit dem erneuten Arbeitskampf der Beschäftigten der Teigwaren Riesa GmbH. Der Landesvorstand wird aufgefordert, den Streikenden und der Gewerkschaft NGG eine Solidaritätsadresse zu übermitteln.

Begründung:

Viele Beschäftigte der Teigwaren Riesa GmbH erhalten nur einen Stundenlohn von 12,51 Euro. 33 Jahre nach dem Mauerfall gibt es immer noch eklatante tarifliche Lohnunterschiede zu westdeutschen Schwesterbetrieben oder vergleichbaren Tarifgebieten. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) fordert hier, auch angesichts des gestiegenen Mindestlohns, eine Erhöhung der Löhne um zwei Euro pro Stunde. Bekanntlich zahlt z.B. auch ALDI seit 01.07.2022 14 Euro/ Stunde. Die Geschäftsführung des Betriebs lehnt Verhandlungen hierüber ab. Die NGG rechnet wie schon 2021 erneut mit einem längeren Arbeitskampf und hat einen Solidaritätsfonds eingerichtet, aus dem Beschäftigte unterstützt werden sollen, die durch den Streik in eine Notlage geraten.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Beschluss zur Fortsetzung des Arbeitskampfes ist bei einer Streikversammlung am 24.10.2022 gefasst worden. Am 20.10. waren Beschäftigte aus Riesa nach Trochtelfingen (Baden-Württemberg) gefahren, um vor dem Gebäude des Nudelproduzenten Alb-Gold, zu dem der Betrieb in Riesa gehört, zu protestieren. Beide Termine lagen nach dem Antragsschluss für die 3. Tagung des 16. Landesparteitages.

Anlage: Aufruf der Gewerkschaft NGG zur Unterstützung

Entscheidung des Landesparteitages:

Anlage zu D.2. Dringlichkeitsantrag Unterstützung des Arbeitskampfes bei Teigwaren Riesa:
Aufruf der Gewerkschaft NGG zur Unterstützung

Solidarität mit den Beschäftigten von Riesa NUDELN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Beschäftigten des ostdeutschen Markenführers Riesa NUDELN streiken derzeit für eine Lohnerhöhung. Ein kurzer Bericht im MDR: <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/a/video-663860.html>

Das Unternehmen Teigwaren Riesa verweigert eine angemessene Lohnerhöhung. Bereits im letzten Jahr wollte das Unternehmen trotz Corona-Sondergeschäfte zunächst die Löhne gar nicht erhöhen und war erst nach einem mehrwöchigen Arbeitskampf zu einer Lohnerhöhung von einem Euro in der Stunde bereit.

Die Situation: Das Lohnniveau ist niedrig. Ein größerer Teil der Beschäftigten verdient nur 12,51 Euro in der Stunde, es sind vor allem Frauen in der Verpackung. Die Inflation von derzeit 10% trifft die niedrigen Einkommen besonders hart.

Dennoch ist die Geschäftsführung in Riesa und die Eigentümerfamilie in Baden-Württemberg (Nudelproduzent ALB-GOLD von der Schwäbischen Alb) nicht bereit, auf die Forderung der Beschäftigten nach einer Lohnerhöhung von 2 Euro pro Stunde einzugehen. Höchstens 1,20 Euro mehr in der Stunde soll es geben, so ihr Basta!

Niedriglöhne bei einem namhaften Unternehmen wie Teigwaren Riesa? Damit muss Schluss sein.

Bitte unterstützt die Streikenden durch Solidaritätserklärungen und schreibt Protestbriefe an die Geschäftsführung.

Solidarität an: lbz.ost@ngg.net

Protest an: Geschäftsführer Mike Hennig info@teigwaren-riesa.de sowie info@alb-gold.de

Sagen wir Nein zu Armutslöhnen: Ob beim ostdeutschen Nudelmarktführer - oder anderswo!

Aktuelle Informationen findet ihr auch hier:

Gewerkschaft NGG Ost | Facebook (<https://www.facebook.com/NGGimOsten>)

Gewerkschaft NGG Ost (@gewerkschaftngg_ost) • Instagram-Fotos und -Videos

(https://www.instagram.com/gewerkschaftngg_ost/)

Vielen Dank für die Unterstützung.

Die Beschäftigten von Teigwaren Riesa und ihre Gewerkschaft NGG

Parteiinterna

**DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.1. Finanzdebatte: Finanzkonzept für einen solidarischen
Finanzausgleich im Landesverband****ÄF.1.1. Änderungsantrag: Verschiebung des Beschlusses zu einem
neuen Finanzkonzept**

Einreicher*innen: Andrea Kubank (Landesschatzmeisterin), Rico Gebhardt (Kreisvorsitzender Erzgebirge)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Das Finanzkonzept F.1. wird in die Parteigremien zurückverwiesen. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand als koordinierendes Gremium, unter Einbeziehung der Konzepte aus Antrag F.1. und F.2., einer der nächsten Tagungen des Landesparteitages ein neues Finanzkonzept vorzulegen.

Begründung:

Beide Finanzkonzepte (F.1. und F.2.) sind unter den geänderten Voraussetzungen (hohe Ausgaben durch enorm gestiegene Energiekosten, Mietkosten, Lebensunterhaltskosten und extreme Verluste bei den Einnahmen durch einen dramatischen Mitgliederrückgang) nicht geeignet, den Anspruch an ein neues, solidarisches Finanzmodell zu erfüllen - ein Konzept, welches für alle Gliederungen verständlich ist und gleichberechtigte Teilhabe aller ermöglichen sollte. Es ist leider nicht gelungen, ein gemeinsames, nachvollziehbares neues Finanzkonzept dem Landesparteitag vorzulegen. Es sollte deswegen auf dem Landesparteitag keine Entscheidung getroffen werden. Unser Dank gilt allen Genoss*innen, die sich über viele Monate hinweg sehr intensiv mit der Problematik der nachhaltigen Finanzierung des Landesverbandes beschäftigt haben.

Bis auf weiteres bleibt die Aufteilung der Finanzen zwischen dem Landesvorstand und den Kreisverbänden wie bisher und es wird weiter mit dem bisherigen Finanzmodell gearbeitet.

Weitere Erklärungen mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.1. Finanzdebatte: Finanzkonzept für einen solidarischen
Finanzausgleich im Landesverband****ÄF.1.2. Änderungsantrag: Festlegung der Aufgaben der
Landesebene**

Einreicher*innen: Peter Kroh

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Schritt 1 und Schritt 2 werden jeweils ergänzt mit:

Eine aktuelle und vollständige Auflistung der Aufgaben wird dem „kleinen Parteitag“ jeweils mit der Einladung vorgelegt.

Begründung:

Es muss Transparenz darüber herrschen, was die Aufgaben der Landesebene sind, die finanziert werden sollen.

Entscheidung des Landesparteitages:

**DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.1. Finanzdebatte: Finanzkonzept für einen solidarischen
Finanzausgleich im Landesverband****ÄF.1.3. Änderungsantrag: Grundpauschale**

Einreicher*innen: Peter Kroh

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Schritt 3b wird geändert in:
Grundpauschale (fixer Anteil):
fix 20.000 EUR pro KV/SV

Begründung:

Die Ungleichbehandlung der SVs und KVs ist schwer vermittelbar. Durch die höhere Mitgliederzahl und damit höheren Anteil an den Mitgliedsbeiträgen haben die SVs ohnehin einen Vorteil. Diesen in den Grundpauschalen zusätzlich zu manifestieren ist ungerecht. Um den ärmeren KVs Planungssicherheit zu geben wird die Grundpauschale etwas höher gesetzt als im ursprünglichen Vorschlag.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.1. Finanzdebatte: Finanzkonzept für einen solidarischen
Finanzausgleich im Landesverband****ÄF.1.4. Änderungsantrag: Personalkosten KV/SV**

Einreicher*innen: Peter Kroh

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

(nur wenn ÄF.1.2. angenommen wird)

Vor Schritt 3c wird ein neuer Schritt eingefügt:

Für bis zu 2 Arbeitsstellen, die der Landesgeschäftsstelle Arbeit abnehmen können die KVs/SVs
50 % Zuschuss zu den Personalkosten bekommen. Maximal aber 30.000 EUR im Jahr.

Begründung:

Die unterschiedlichen Grundpauschalen wurden auch durch Personalkosten in den Stadtverbänden begründet. Dieses Personal entlastet auch die Landesgeschäftsstelle. Um den Stadtverbänden die Chance zu geben diese Stellen zu erhalten, soll es diesen Zuschuss geben.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.1. Finanzdebatte: Finanzkonzept für einen solidarischen
Finanzausgleich im Landesverband****ÄF.1.5. Änderungsantrag: Verteilschlüssel**

Einreicher*innen: Peter Kroh

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Es wird ein neuer Punkt 4. eingeführt:

Wenn das Verhältnis der zu verteilenden Mittel zwischen Grundpauschale und frei zu verteilender Mittel 70:30 überschreitet oder 30:70 unterschreitet muss die Grundpauschale durch die gemeinsame Beratung von Landesvorstand und Landesrat angepasst werden.

Begründung:

Diese Änderung soll das Verfahren klären, wann eingegriffen werden muss, wenn sich die Finanzlage des Landesverbands ändert.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.2. Finanzdebatte: Solidarität ausbauen, Autonomie erhalten – Finanzkonzept modernisieren****ÄF.2.1. Änderungsantrag: Verschiebung des Beschlusses zu einem neuen Finanzkonzept**

Einreicher*innen: Andrea Kubank (Landesschatzmeisterin), Rico Gebhardt (Kreisvorsitzender Erzgebirge)

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Das Finanzkonzept F.2. wird in die Parteigremien zurückverwiesen. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand als koordinierendes Gremium, unter Einbeziehung der Konzepte aus Antrag F.1. und F.2., einer der nächsten Tagungen des Landesparteitages ein neues Finanzkonzept vorzulegen.

Begründung:

Beide Finanzkonzepte (F.1. und F.2.) sind unter den geänderten Voraussetzungen (hohe Ausgaben durch enorm gestiegene Energiekosten, Mietkosten, Lebensunterhaltskosten und extreme Verluste bei den Einnahmen durch einen dramatischen Mitgliederrückgang) nicht geeignet, den Anspruch an ein neues, solidarisches Finanzmodell zu erfüllen – ein Konzept, welches für alle Gliederungen verständlich ist und gleichberechtigte Teilhabe aller ermöglichen sollte. Es ist leider nicht gelungen, ein gemeinsames, nachvollziehbares neues Finanzkonzept dem Landesparteitag vorzulegen. Es sollte deswegen auf dem Landesparteitag keine Entscheidung getroffen werden. Unser Dank gilt allen Genoss*innen, die sich über viele Monate hinweg sehr intensiv mit der Problematik der nachhaltigen Finanzierung des Landesverbandes beschäftigt haben.

Bis auf weiteres bleibt die Aufteilung der Finanzen zwischen dem Landesvorstand und den Kreisverbänden wie bisher und es wird weiter mit dem bisherigen Finanzmodell gearbeitet.

Weitere Erklärungen mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiintern**F.5.1. Parteirat bilden – kollektive Entscheidungsfindung stärken****ÄF.5.1.1. Änderungsantrag: Eingrenzung der Zusammensetzung**

Einreicher*innen: Landesrat

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

Die in Antrag F.5.1. vorgeschlagene Änderung von § 30 erhält im vierten Punkt folgende Fassung:

„In § 30 Absatz 1 wird ein neuer Punkt b) eingefügt:

b) die Mitglieder des Landesvorstandes nach §18 (1) a) bis f).“

Begründung:

In einem Gremium, das u.a. den Landesvorstand kontrollieren soll, sollte dieser nicht (komplett) vertreten sein. Als Kompromiss wird hier vorgeschlagen, dass die vom Landesparteitag direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes dem Parteirat angehören.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages

5. November 2022

F. Parteiinterna

F.5.1. Parteirat bilden – kollektive Entscheidungsfindung stärken

ÄF.5.1.2. Änderungsantrag: Ergänzung Sprecher*innen

Einreicher*innen: Steffi Brachtel, Torsten Steidten, Eberhardt Holdt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

1. Die in Antrag F.5.1. vorgeschlagene Änderung von § 17 Aufgaben des Landesvorstandes erhält folgende Fassung:
„In § 17 Absatz 2 wird ein neuer Punkt e) eingefügt:
e) die Vorbereitung der Sitzungen des Parteirates gemeinsam mit dessen Sprecher*innen sowie die Umsetzung von dessen Beschlüssen, soweit keine anderen Zuständigkeiten vom Parteirat festgelegt werden,“
2. Die vorgeschlagene Änderung von § 26 wird gestrichen.
3. Der zweite Punkt der in Antrag F.5.1. vorgeschlagenen Änderung von § 31 erhält folgende Fassung:
In § 31 Absatz 1 wird „Landesrat“ durch „Parteirat“ ersetzt und in Satz 2 wird nach „Er wird von“ eingefügt:
„dem Landesvorstand gemeinsam mit“

Begründung:

Die Beteiligung an der Vorbereitung der Sitzungen sollte nur einem Gremium zugewiesen werden. Es erscheint angemessen, dass dies der Landesvorstand ist, dem es unbenommen bleibt, Teile davon an den Geschäftsführenden Landesvorstand zu übertragen. Warum die Sprecher*innen des Parteirates im Vorschlag zu § 26 stehen und im Vorschlag zu § 17 nicht, ist nicht nachvollziehbar. Wenn der Parteirat Sprecher*innen hat, sollte es selbstverständlich sein, dass diese für die Vorbereitung von dessen Sitzungen (mit) verantwortlich sind.
In § 31 sollte dieselbe Formulierung wie in § 17 verwendet werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.5.1. Parteirat bilden – kollektive Entscheidungsfindung stärken****ÄF.5.1.3. Änderungsantrag: Ersetzungen Zusammensetzung**

Einreicher*innen: Torsten Steidten

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

I. Die in Antrag F.5.1. vorgeschlagene Änderung von § 30 wird wie folgt geändert:

1. Der vierte Punkt wird gestrichen.
2. Der fünfte Punkt erhält folgende Fassung:
„14 Vertreter*innen der landesweiten Zusammenschlüsse,“
3. Im sechsten Punkt wird „wird zu d) und“ gestrichen.
4. Im siebten Punkt wird „e)“ durch „d)“ ersetzt.
5. Der zehnte Punkt erhält folgende Fassung:
„In § 30 Absatz 2 wird in Punkt d) der Punkt durch ein Komma ersetzt und danach eingefügt:
e) eine Vertreter*in der sächsischen Mitglieder der Linksfraktion im deutschen Bundestag.“
6. Nach dem zehnten Punkt wird folgender Punkt neu eingefügt:
„Am Ende von § 30 Absatz 2 wird folgender Satz neu eingefügt:
Bei den Beschlüssen nach § 29 Absatz (3) haben zusätzlich die Mitglieder des Landesvorstandes, die nicht Mitglied des Parteirates sind, das Recht auf Teilnahme mit beratender Stimme.“
7. Der elfte Punkt erhält folgende Fassung:
„In § 30 Absatz 3 wird Satz 1 ersetzt durch:
Die Wahl der Mitglieder des Parteirates erfolgt quotiert:
a) für die Vertreter*innen der Kreisverbände auf den jeweiligen Kreisparteitagen,
b) für die Vertreter*innen der Landesarbeitsgemeinschaft der Senior*innen auf der Landessenior*innenkonferenz,
c) für die Vertreter*innen des Jugendverbandes auf dem Landesjugendtag.
Von den Mandaten der Vertreter*innen der landesweiten Zusammenschlüsse werden sieben entsprechend den Mitgliederzahlen im Divisorenverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0; 1; 2; 3; ...) auf die Zusammenschlüsse verteilt. Diese Mitglieder werden auf Landesmitglieder- oder Landesdelegiertenversammlungen gewählt. Die übrigen sieben Mitglieder werden in einer gemeinsamen Beratung der Sprecher*innen der landesweiten Zusammenschlüsse so gewählt. Dabei muss für die Vertreter*innen der landesweiten Zusammenschlüsse insgesamt die Mindestquotierung eingehalten sein, und es sollen bei Vorliegen von Kandidaturen vorrangig Zusammenschlüsse berücksichtigt werden, die noch nicht im Parteirat vertreten sind.“

II. In der in Antrag F.5.1. vorgeschlagenen Änderung von § 4 wird der zweite Punkt gestrichen. In der in Antrag F.5.1. vorgeschlagenen Änderung von § 14 wird der dritte Punkt gestrichen.

Begründung:

zu I. In einem Gremium, das den Landesvorstande kontrollieren soll, sollte dessen Mitglieder nicht vertreten sein. Das nicht stimmberechtigt sein der Mitglieder des Landesvorstandes bei Veto-beschlüssen ist hier völlig unzureichend.

Durch das Streichen der Mitglieder des Landesvorstandes ergibt sich gleichzeitig die Chance, einen der Hauptmängel von Antrag F.5. 1. zu beheben, nämlich die mangelhafte Repräsentanz der landesweiten Zusammenschlüsse.

Sechs Personen, die noch dazu doppelt indirekt gewählt sind (Nominierung auf einer gemeinsamen Beratung der Sprecher*innen für eine Wahl durch den Landesparteitag) können die sehr vielfältigen Interessen der landesweiten Zusammenschlüsse nicht einmal annähernd vertreten. Hinzu kommt, dass nach Antrag F.5. 1. offen bleibt, was geschieht, wenn der Landesparteitag bei der Wahl dem von der gemeinsamen Beratung der Sprecher*innen der landesweiten Zusammenschlüsse gemachten Vorschlag nicht folgt.

zu II. Diese Änderungen sind Folgeänderungen zu den Änderungen in I.

Wird diesem Änderungsantrag gefolgt hat der Parteirat sechs Mitglieder weniger als von den Antragsteller*innen von Antrag F.5. 1. vorgeschlagen.

Anmerkung: Falls eine Direktwahl der Vertreter*innen der Zusammenschlüsse durch diese wie in der Begründung zu Antrag F.5. 1. postuliert nicht möglich ist, gilt dies auch für die Vertreter*innen der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren und die Vertreter*innen des Landesjugendtages. Für diesen Fall wird vorgeschlagen zusätzlich aufzunehmen, dass die jeweils gewählten Vertreter*innen durch den Landesparteitag bestätigt werden müssen.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 16. Landesparteitages

5. November 2022

F. Parteiinterna

F.5.1. Parteirat bilden – kollektive Entscheidungsfindung stärken

ÄF.5.1.4. Änderungsantrag: Ersetzung Übergangsregelung

Einreicher*innen: Steffi Brachtel, Torsten Steidten, Eberhardt Holdt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

In der in Antrag F.5.1. vorgeschlagenen Änderung von § 30 wird der letzte Punkt gestrichen. Dafür wird am Ende des Antragstextes folgender Punkt neu eingefügt:

Übergangsregelungen

1. Die erste Amtsperiode des Parteirates beginnt am 01.01.2025.
2. Die Neufassung von § 18 Absatz 2 Satz 1 der Satzung gilt ab 01.01.2023.
3. Die Neufassungen von § 30 Absatz 3 Satz 1 und von § 30 Absatz 4 Satz 3 und 4 der Satzung gelten ab 01.06.2024.
4. Alle übrigen in diesem Antrag enthaltenen Änderungen gelten ab 01.01.2025.

Begründung:

In § 30 der Satzung sind Übergangsregelungen falsch platziert. Wenn diese in die Satzung aufgenommen werden sollen, müssten diese im letzten Abschnitt der Satzung (8. Schluss- und Übergangsbestimmungen) stehen, z.B. als neuer § 49 Übergangsregelungen. Da eine saubere Regelung ohne Bezug auf den Antragstext schwierig ist, erscheint es einfacher, das Inkrafttreten der Änderungen nicht in die Satzung aufzunehmen.

Ein Beginn der ersten Amtsperiode des Parteirates am 01.01.2025 erlaubt das Amtieren der in diesem Jahr gewählten Landesratsmitglieder für die volle Amtszeit von zwei Jahren und den Beginn der Arbeit des Parteirates erst nach den im Jahr 2024 anstehenden wichtigen Wahlen.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.5.1. Parteirat bilden – kollektive Entscheidungsfindung stärken****ÄF.5.1.5. Änderungsantrag: Ergänzung Anzahl Vorsitz LTF**

Einreicher*innen: Torsten Steidten, Eberhardt Holdt

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge beschließen:

In der in Antrag F.5.1. vorgeschlagenen Änderung von § 44 wird „der oder dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion“ ersetzt durch „der oder dem oder den Vorsitzenden der Landtagsfraktion“.

Begründung:

Die Landtagsfraktion kann z.B. eine Doppelspitze wählen. Dies sollte an dieser Stelle berücksichtigt werden. Im Übrigen ist nicht begründet, warum die Kreisvorsitzenden in § 44 gestrichen werden.

Entscheidung des Landesparteitages:

DIE LINKE. Sachsen**3. Tagung des 16. Landesparteitages**

5. November 2022

F. Parteiinterna**F.12. Auflösung der LAG Deutsch Russischen Freundschaft****ÄF.12.1. Ersetzungsantrag**

Einreicher*innen: linksjugend [!solid] Sachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der Antrag F.12 wird durch folgenden Antrag ersetzt:

Der Landesparteitag stellt fest, dass die "Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft (LAG DRF)" in ihrem Selbstverständnis und ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms sowie der Grundsatzbeschlüsse der Partei verstößt.

Da in Anbetracht dieses kontinuierlichen Handelns der LAG DRF kein milderer Mittel besteht, löst der Landesparteitag diesen Zusammenschluss gemäß § 4 (8) der Landessatzung mit sofortiger Wirkung auf.

Begründung:

Dem Antrag liegen diverse Quellen zugrunde anhand derer das erheblich und fortgesetzte, gegen die Grundsätze des Programms sowie der Grundsatzbeschlüsse verstoßende, Wirken der LAG DRF nachvollzogen werden kann. Aufgeschlüsselt nach Referenzen soll im Folgenden die Tatbestandsmäßigkeit der Voraussetzungen aus § 4 (8) Landessatzung dargelegt und begründet werden.

1. Frontal-Beitrag¹:

Die Sprecherin der LAG DRF Regina Silbermann äußerte sich in einem Interview des Formats „ZDF frontal“ vom 24.05.2022 öffentlich zum Kriegsgeschehen in der Ukraine (ab 04:00-5:24). Dabei marginalisiert sie den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands und betreibt eine Schuldumkehr: „Und die Ukraine hat auch Pläne gehabt - also so habe ich es gelesen - am 28.2. einen großen Angriff gegen den Donbass zu starten. Und dem ist Russland allem zuvorgekommen und hat - sagen wir mal - die Notbremse gezogen, ehe es wieder selbst überfallen wird.“

Im Beitrag sind auch weitere Mitglieder der LAG zu sehen, dabei kommt etwa Gudrun Schumann zu Wort. Regina Silbermann redet in ihrer Funktion als Sprecherin der LAG, woraus abzuleiten ist, dass sie die Positionen der LAG wiedergibt. Auch der Name der LAG tritt in den Untertiteln und auf diversen Plakaten im Hintergrund, auch i.V.m. dem Namen der Partei DIE LINKE, auf.

Im Beitrag wird zudem eine auf dem Tisch des Raumes - in dem die LAG zu diesem Zeitpunkt tagt - liegende Publikation gefilmt (Min. 04:54), die vom „Deutschen Freidenker-Verband“ herausgegeben wurde. Bereits der erste Absatz lässt erkennen, dass die dort vertretene Position diejenigen der LAG (in obigem Zitat von Regina Silbermann wiedergegeben) widerspiegelt. So heißt es „von ´Qualitäts-Medien` und NATO-Politikern, selbst aus der Friedensbewegung hören wir von einem ´von Russland am 24.02.2022 begonnenen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine´. Aber so einfach die Antwort klingt - sie ist die Unwahrheit.“. Dass es sich dabei nach allgemein anerkannter, hinlänglich bewiesener Faktenlage sehr wohl um die Wahrheit handelt, bleibt unerwähnt. Dies steht in erheblichem Widerspruch zum Beschluss des Parteitages in Erfurt vom 24.-26.06.22 (Leitantrag L03), in dem es gleich zu Beginn heißt, dass es sich um eine „völkerrechtswidrige Aggression Russlands“ handle (siehe auch unten stehende Ausführungen).

2. im E-Mail-Verkehr versandte Inhalte:

Die von Regina Silbermann versendeten E-Mails gehen regelmäßig an sehr diversifizierte Absender. Darunter sind etwa einzelne Mitglieder, Kreisverbände, Abgeordnetenbüros oder Funktionär*innen der Partei DIE LINKE.

Am 02.06.22 rief die Sprecherin der LAG zu einer „Freie Sachsen“-Demo auf.² In einer weiteren E-Mail³ vom 29.11.22 verbreitet sie zudem Inhalte des Verschwörungsportal „gloria.tv“ und des AfD-nahen „Compact-Magazins“. Sich mit Faschist*innen gemein zu machen verstößt gegen die Grundsätze der LINKEN i.S.d. gelebten Antifaschismus und der Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit mit (neo)faschistischen Gruppen (vgl. S. 7 des Grundsatzprogramms, Präambel).

Zudem werden in der E-Mail Unwahrheiten verbreitet, die wiederholt eine Schuldumkehr in der Frage des Aggressors betreibt. So heißt es in der E-Mail: „Die vorausgegangenen (...) Militärmanöver an Russlands Grenze haben gezeigt, dass ein Angriff auf Russland bevorsteht. Nun hat Russland gehandelt und will die Ukraine entnazifizieren und neutralisieren, so dass von dort keine Gefahr mehr für das russische Volk ausgeht.“

Weiterhin heißt es: „Den russischen Bären will er (Robert Habeck, Anm. der Antragstellenden) erschlagen, (...). Dafür will der Mann auf einem geheimen Anti-Putin-Gipfel werben. Der Ton wird rauer, auch bei Kanzler Scholz, der (...) gegen einen „russischen Diktatfrieden“ aufgetreten ist. Diktatfrieden, so nannten die Nazis den Versailler-Vertrag. Entgegen anderslautender Propaganda wurde der Ukraine-Krieg von der NATO faktisch begonnen: (...). Selenskij dürfte längst Gefangener jener Asow-Nazis sein, auf die er sich stützt und die er als „Verteidiger des Landes“ lobt. (...) Doch die Nazis scheinen dem Westen nützlich zu sein. (...)“

Erneut zeigen sich relativistische und faktisch falsche Aussagen, die ungefiltert und unkommentiert weitergegeben werden. Dabei stellt das Grundsatzprogramm auf S. 10 unmissverständlich klar, dass es sich bei den Gräueln Nazideutschlands um ein nicht mit anderen Ereignissen vergleichbares Ereignis handelt. Insbesondere „Diktatfrieden“ in diesem Zusammenhang als den Friedensbemühungen in der Ukraine gleiches Diktum zu benennen entbehrt jeder Grundlage. Dabei werden Verschwörungstheorien etwa von „Geheimgipfeln“ verbreitet.

In einer weiteren E-Mail⁴ vom 02.04.22 verbreitet die Sprecherin der LAG ein Video zur Einschätzung des Afghanistankrieges und vergleicht diesen mit der Situation in der Ukraine. Weiterhin heißt es in der E-Mail: „Wünschen wir dem russischen Militär und der politischen Führung Russlands, insbesondere seinem Präsidenten (...), dass alle Ziele schnellstmöglich (...) umgesetzt werden.“ Außerdem schreibt sie Folgendes: „Der wirkliche Aggressor ist derjenige, der Russland seit Jahren immer mehr bedroht mit seiner militärischen Einkreisung, (...), mit militärischer Ausbildung der Ukrainer, damit diese gegen ihre Brüder im Osten, im Donbassgebiet seit 8 Jahren schießen und bombardieren können.“

Nach dem Völkerrecht (was aber im Wesentlichen ein Staatsrecht schützt) ist es ein Angriffskrieg. Es gibt aber dazu eine Vorgeschichte, die es Russland aufzwingt, sich nun endlich zu wehren, bevor in der Ukraine Atomraketen stationiert werden, die in 5 Minuten Moskau und andere Städte ausradieren. Auch hat Russland eine Verpflichtung, die russische Bevölkerung des Donbass zu schützen. Im Donbass hat die Ukraine in den zurückliegenden 8 Jahren (...) 14.000 Menschen (...) umgebracht. (...) Es soll nur ein Imperium auf der Erde geben und das ist 'USA first'.“ Und schließt die E-Mail mit folgenden Aussagen: „Die Ukraine wurde aufgebaut als Bollwerk gegen Russland. (...) Somit konnte alles Russische in der Ukraine verboten werden. Es durfte nicht mal russisch gesprochen werden.“

Infolge des Faschismus in der Ukraine spalteten sich die Menschen im Osten ab. Im Osten der Ukraine leben fast nur Russen ebenso auf der Halbinsel Krim, die auch nicht zum System der Ukraine gehören will und durch eine Abstimmung (Referendum) sich über 90%ig zu Russland bekannte. Die Volksrepubliken Donezk und Luhansk wurden von der russischen DUMA und dem Präsidenten Russlands als eigenständige russische Volksrepubliken anerkannt. Die werden nun auf Bitten der beiden Staatsoberhäupter der Volksrepubliken durch Russland vom Joch der Ukraine befreit.“

Insbesondere wird hier jedoch noch einmal in einer Vehemenz deutlich, was die LAG vom Völkerrecht und dessen Umsetzung hält. Diese Tatsache stellt einen klaren Verstoß gegen die im Grundsatzprogramm auf S. 7 und 69 f. festgeschriebene Achtung des Völkerrechts als eine der obersten Prämissen der Partei DIE LINKE dar. Ebenfalls unterstrichen wird dies in o.g. Grundsatzbeschluss L03, der Russland als Aggressor identifiziert und verurteilt (siehe untenstehende Ausführungen).

3. Aktionen:

Weiterhin ruft die Sprecherin der LAG zu Spenden für den Verein „AK Zukunft Donbass“ auf ⁵, der mit einem fast gleichnamigen Verein „Zukunft des Donbass“ mit Sitz in Lugansk zusammenarbeitet. Wie durch Bilder, Videos und Nachrichten belegt ist, kooperiert dieser mit Funktionär*innen der dortigen Separatisten und agiert in einem internationalen Separatisten-Unterstützer-Netzwerk (<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ukraine-krieg-donbass-hilfe-verein-zoll-100.html>).

Am 01.09.2022 (Freitag) veranstaltete die LAG in der Chemnitzer Innenstadt einen Infostand, bei dem durch dort platzierte Plakate mit dem Aufdruck von der Partei DIE LINKE suggeriert wurde, dass es sich dabei um einen Stand der LINKEN handelt. ⁶ Am Stand hing eine Russlandfahne und Schilder die eine falsche Vorstellung von den Zuständen in der Ukraine hervorrufen konnten. So heißt es etwa „Ende mit der Russlandhetze“ und „Kein Krieg der USA und der Ukraine gegen den Donbass und Russland“. Es bleibt auch hier das Bild der Schuldumkehr.

Ein am Stand präsentiertes Schild tauchte dann auch auf einer Demonstration in Leipzig auf und wurde dort von Regina Silbermann gehalten. ⁷ Dabei wird ein sofortiger Abzug der NATO aus der Ukraine gefordert. Ein solches direktes NATO-Engagement existiert derzeit jedoch gar nicht, da dies gleichbedeutend mit einem Eintritt etwaiger NATO-Kräfte als Kriegspartei in den Konflikt wäre. Dies entspricht jedoch nicht der aktuellen Sachlage.

4. Parteitage:

Als von der LAG DRF delegierte Person spricht Regina Silbermann im Namen und i.S.d. der LAG. Bei den auf den LPT getätigten Äußerungen kann zumindest eine mittelbare Herstellung von Öffentlichkeit angenommen werden, da die LPT übertragen sowie medienwirksam verfolgt wird.

In ihrer Rede auf der 2. Tagung des 15. LPT⁸ vom 15.-17.11.2019 sagte Regina Silbermann das Folgende: „Wer ist eigentlich autorisiert festzulegen, dass die Russische Föderation die Krim annektiert hat? Wer hat in den Medien verbreitet, dass es sich um eine Annexion handelt? Und warum wurde diese Lüge verbreitet? Sachlich war es eine Sezession und 90% der Bevölkerung haben sich dazu entschieden, zu Russland zu gehören. (...) Wer von Annexion spricht will Krieg.“

Einer ähnlichen Argumentation folgt auch ihre Rede auf dem 3. Tagung des 15. LPT⁹ am 10.10.2020. U.a. vergleicht sie die Tätigkeit der NATO zum angeblichen Überfall auf Russland mit dem Barbarossaplan. Weiterhin sagt Silbermann: „Die ständigen Verleumdungen und inszenierten Theaterstücke von Skripal und Nawalny dienen der Herabwürdigung des Feindes. Wenn das Volk dann nicht mehr Menschen hat, sondern nur noch Untermenschen, dann ist die Kriegsvorbereitung in den Köpfen der Angreifer angekommen. So war das schon mal 1939 und 1941.“

Mithin stellt sie die US-amerikanische Rolle auf dieselbe Ebene wie den Angriff Nazideutschlands im 2. Weltkrieg. Dabei wird auch auf die von der LAG in Frankenberg durchgeführte Demonstration hingewiesen, bei der ebenfalls die oben benannten Banner zum Einsatz kamen. ¹⁰

Auch bei der Rede Silbermanns auf der 1. Tagung des 16. LPT manifestiert sich die gegenüber der Beschlusslage konträre Position der LAG und ihrer Sprecherin. ¹¹ So sagt Silbermann: „Die Ukraine bekam 5 Mrd. Dollar von den USA, damit sie ihre Revolution, also den Putsch, durchführen kann. Der Präsident der Ukraine war ganz normal gewählt. (...) Die Ukraine wird aufgebaut als Bollwerk gegen Russland. Jetzt sollten die Verhandlungen zum Minsker Abkommen weitergehen, da hat die Ukraine ganz schnell einen Vertreter der SZKK entführt und die Verhandlungen waren beendet.“

5. Unterzeichnung offener Briefe:

Im von Regina Silbermann im Namen der LAG unterzeichneten Appell „Kein Krieg gegen den Donbass und gegen Russland! Schluss mit der Dämonisierung Russlands!“ (25.1.22)¹² heißt es etwa: „Der Westen bedient sich des Narratives, Russland der Kriegsvorbereitung und des Plans der Invasion der Ukraine zu bezichtigen. (...) Tatsächlich befinden sich immer mehr Militärverbände aus den USA, (...) und der EU in der Ukraine (...). (...) Deutschland und Frankreich müssen endlich auch von der Ukraine fordern, mit Vertretern der Donbass-Republiken zu verhandeln (...).“

Auch in der von Regina Silbermann im Namen der LAG unterschriebenen „Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine (6.3.2022)“ finden sich alarmierende Aussagen: „(...) Moskau spricht von einer „Sonderoperation“ in der Ukraine. Erklärtes Hauptmotiv Moskaus ist demnach die Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine, (...). Der Westen dagegen spricht von einem Angriffskrieg Russlands gegen die Bevölkerung der Ukraine.

Westliche Netzwerke orchestrierten 2014 einen Putsch in Kiew, an dem offen faschistische Gruppen teilnahmen. Die von rechtsradikalen Kräften dominierte ukrainische Putschregierung schikanierte die russischstämmige Minderheit u.a. durch das Verbot der russischen Sprache. Es kam zu extrem gewalttätigen Übergriffen. In Folge dessen kam es zur Sezession der Krim an Russland, legitimiert durch eine Abstimmung auf der Krim, (...). Als Selbstschutz vor der Russophobie in Kiew kam es zudem auch zur Ausrufung der selbst proklamierten Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Die Bewohner der Volksrepubliken wurden von Kiew zu Terroristen erklärt und man begann einen Krieg mit massiven Artilleriebeschuss durch die ukrainische Armee und rechtsradikale Freiwilligenbrigaden gegen die abtrünnigen Gebiete. (...) Die Regierung der Ukraine führte (...) weiter Krieg gegen die Bevölkerung des Donbass, toleriert von den Garantiemächten Deutschland und Frankreich, (...). Die Unabhängigkeit der Volksrepubliken hat Moskau jetzt anerkannt. Dies geschah auf Grundlage einer Empfehlung des russischen Parlaments an Präsident Putin. (...) Die Offensive Russlands soll laut Berichten russischer Medien einer unmittelbar bevorstehenden Offensive der ukrainischen Armee zugekommen sein. (...).“

Ähnliche Aussagen finden sich auch im „Brief an die Bevölkerung und die Regierung der Russischen Föderation“ (4.4.22), der ebenfalls von Regina Silbermann im Namen der LAG unterzeichnet wurde. Soweit das sich zur Quellenlage ergebende Bild. Dabei zeichnet sich DIE LINKE sicherlich gerade dadurch aus, dass sie eine pluralistische Partei ist, die durch ihre Meinungsvielfalt und den Diskurs lebt. Nichtsdestoweniger bedarf es der Achtung und Würdigung unserer Grundsatzbeschlüsse und unseres Parteiprogramms. Der darauf basierende Grundkonsensus bedarf vielfältiger Aushandlungsmechanismen und kann nur dank der Arbeit aller Genoss*innen gelebt und nach außen vertreten werden. Das politische Wirken der LAG DRF nach innen und außen läuft diesem Ansatz jedoch zuwider. Dabei handelt es sich nicht um einzelne Fälle, sondern um ein systemisches Problem. Dies konnte nicht zuletzt anhand obiger Beispiele deutlich gemacht werden. Auch liegt ein fortgesetztes Handeln vor, da bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges offen entgegen der Parteilinie agitiert wurde, etwa in Bezug auf die Krimannexion oder einen drohenden Angriff der Ukraine im Donbass. Alle Dialogangebote wurden seitens der LAG ausgeschlagen oder genutzt, um fortlaufend die eigenen Positionen zu propagieren.

Echte Solidarität mit der unter dem russischen Regime leidenden Bevölkerung sowie den vom Krieg gebeutelten ukrainischen Bürger*innen sieht anders aus. Als Sozialist*innen wissen wir um die Notwendigkeit internationaler Vernetzung, weshalb wir ja gerade nicht einem Zusammenschluss entgegenstellen wollen, der sich tatsächlich der internationalen Solidarität mit den Unterdrückten dieser Welt zum Ziel setzt.

Konkret laufen – wie oben bereits angedeutet – die Aktivitäten, Äußerungen, Ansichten und Bestrebungen der LAG DRF dem Beschluss des Parteitages in Erfurt vom 24.-26.06.22 (Leitantrag L03) zuwider und konterkarieren diesen.¹³ Der Beschluss kann als Grundsatzbeschluss gewertet werden, da dieser hinlänglich diskutiert und vom höchsten beschlussfassenden Organ der Partei DIE LINKE beschlossen wurde.

Im Beschluss wird gleich zu Beginn deutlich gemacht, dass es sich um eine „völkerrechtswidrige Aggression Russlands“ handle. Dabei wird klargestellt, dass DIE LINKE den „verbrecherischen Angriffskrieg Russlands und die von Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste“ verurteilt. Dabei wird klar hervorgehoben, dass es sich – wie von der LAG behauptet – bei Russland keinesfalls um das Opfer handelt, welches sich nur vor einem drohenden Überfall schützt, sondern um einen imperialistischen Aggressor, der „eine Politik (betreibt), die darauf abzielt, den Einflussbereich der alten Sowjetunion wiederherzustellen. (...) Russland ist eines der geostrategischen Machtzentren im (...) Kapitalismus, (...). Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.“ Im Zuge dessen wird auch noch einmal darauf hingewiesen, dass DIE LINKE „keine Verletzung des Völkerrechts“ hinnimmt und „nicht mit zweierlei Maß“ misst. Genau das tut aber die LAG, indem sie einseitig nur die USA und den Westen als imperialistischen Kriegstreiber simplifiziert, auf die russischen Gräueltaten jedoch keinerlei Bezug nimmt. Gerade die UN-Charta, welche von der LAG häufig als Legitimation der russischen Annexionen und des Krieges herangezogen wird, weist in Art. 51 das Selbstverteidigungsrecht aller Völker – als legitime Ausnahme vom Gewaltverbot – aus, wie auch im Beschluss noch einmal dargestellt wird. Dabei wird auch klar, dass es in der Frage der territorialen Integrität der Ukraine keine Kompromisse geben darf. Somit läuft die Aussage bzw. Forderung der LAG auf die Anerkennung der annektierten Krim und der Ostukrainischen Gebiete als Teil Russlands dem Beschluss ebenfalls entgegen. Schließlich richtet sich der Antrag direkt an die ukrainische Bevölkerung: „Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen den russischen Angriff. (...)“. Das alles lenkt jedoch nicht von der Rolle der NATO insgesamt ab, dies kann aber in der aktuellen Situation keine Entschuldigung sein, den Sündigen allein in dem westlichen Militärbündnis zu suchen. Dass es langfristig Strategien der Abrüstung, des Dialogs und der Ersetzung der NATO bedarf, ist davon natürlich unbenommen. Auch dass der russischen Bevölkerung in der Ukraine in einer neuen Friedensordnung wieder mehr Rechte zugestanden werden müssen ist klar, kann jedoch in der jetzigen Situation nicht das grausame Vorgehen des russischen Regimes rechtfertigen, so wie es von der LAG dargestellt wird.

Dabei bleibt DIE LINKE nicht selbst ohne eine Idee von einer friedlichen Zukunft, die nicht nur nach Schuldigen fragt, sondern sich konstruktiv, aber dennoch konsequent mit den relevanten friedenspolitischen Fragen auseinandersetzt, so etwa der Frage danach, „welche Art von (...) Sanktionen (...) in bestimmten Konstellationen sinnvoll (sind)“ sowie der Forderung nach der „Wahrung politischer, sozialer und rechtlicher Standards für (...) Minderheiten“. Die Ausdifferenzierung im Beschluss des Erfurter Parteitags hebt dabei heraus, was sich knapp, aber dennoch klar auch im Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE wiederfindet.

Unter Kapitel 4.6 „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ heißt es: „DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für Gewaltfreiheit eintritt (...). Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen (...) im Umgang mit Konflikten ab.“ (S. 69).

Die von unabhängiger Seite bestätigten Menschenrechtsverletzungen der russischen Armee im Krieg gegen die Ukraine werden von der LAG in den o.g. Quellen immer wieder in Zweifel gestellt. Stattdessen wird ein Bild gezeichnet, das ausschließlich „den Westen“ und allen voran die USA als Aggressor und Kriegsauslöser brandmarkt. Eine kritische Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Lage erfolgt nicht. Vielmehr werden gefährliche Simplifizierungen vorgenommen und dabei auf vielfältige unseriöse, antidemokratische, rechtsgerichtete und Verschwörungstheorien verbreitende Quellen verwiesen, diese unkommentiert geteilt oder sogar als richtig und wichtig dargestellt.

Eine LAG die sich journalistischen Inhalten aus dem AfD-nahen Raum bedient, relativistische Sharepics teilt oder zu Demos aufruft, die von neonazistischen Strukturen (mit-)gestaltet werden, kann nicht im Interesse derjenigen Werte handeln, derer sich DIE LINKE verschrieben hat. Auch die Verurteilung von Völkerrechtsbrüchen im Zuge von Kriegsführung und Konflikten, die im Programm der LINKEN verankert ist wird von Seiten der LAG intensiv und nachhaltig missachtet, indem die Annexion der Krim sowie der ostukrainischen Gebiete als durch Volksabstimmungen legitimierte Voten verharmlost, ja sogar für richtig befunden wird.

Dabei hilft es auch nicht, die mutmaßliche Unterdrückung der russischen Bevölkerung in diesen Gebieten durch die Ukraine als Legitimation anzuführen. Alle diese Annexionen sind und bleiben klar völkerrechtswidrig und werden vom Gros der internationalen Staatengemeinschaft folgerichtig nicht anerkannt. Welche LAG das (Völker-)Recht so auslegt, wie es ihr am besten gedeihlich ist, kann nicht nach aufrecht demokratischen Prinzipien handeln, kann also in der Folge nicht Teil der LINKEN sein. Ähnlich ist es mit den Vergleichen des Krieges in der Ukraine mit dem schrecklichen 2. Weltkrieg, der viele Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Dies in einem Atemzug mit dem Vorgehen des Westens im Ukrainekrieg zu nennen ist nicht nur zutiefst relativistisch und respektlos, es geht auch der antifaschistischen Identität der LINKEN zuwider.

Mithin lässt sich nach Beurteilung der Quellenlage im Vergleich mit den seitens der Partei geltenden Beschlüssen, Programmatiken und dem allgemeinen Wertkonsens feststellen, dass die Äußerungen, Aktivitäten und der mangelnde Wille zum Dialog den Schluss zulassen, dass die LAG DRF in ihrem Selbstverständnis und ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms sowie der Grundsatzbeschlüsse der Partei verstößt, § 4 (8) Landessatzung.

Quellen nicht öffentlich

Entscheidung des Landesparteitages:

Kandidaturen



LaVo – Landesvorstand

Lisa Thea Steiner

- Kreisvorstand im Kreisverband Sächsische Schweiz Osterzgebirge seit 2022
- Mitglied DIE LINKE seit 2019
(Teil des Sozial-Media-Team KV-SOE)

Ich bin 33 Jahre alt, komme aus Struppen, bin im Kreisverband Sächsische Schweiz Osterzgebirge organisiert und möchte für den Landesvorstand Sachsen kandidieren.

Als Wirtschaftsfachwirtin arbeite ich in der Verwaltung in der Sächsischen Aufbaubank in Leipzig sowie als Gleichstellungs- und Diversitätsbeauftragte.

Ich engagiere mich als Trauerbegleiterin (seit 2020) sowie in der Psychosozialen Notfallversorgung (seit 2021) bei dem Regionalverband Dresden der Johanniter Unfallhilfe e.V.. Ebenfalls bin ich Mitglied im VVN Sächsische Schweiz Osterzgebirge (seit 2022). Ich studiere an der Evangelischen Hochschule (EHS) in Dresden Systemische Therapie und Supervision.

Die Herausforderungen für unsere Partei sind immens. Wir als Partei bewegen uns inmitten eines Spannungsfeldes gesellschaftlicher Veränderungen und harter gesellschaftspolitischer Diskurse. Dazu kommen kulturelle Konflikte, die auch vor unserer Partei nicht Halt machen. Kaum jemand wird in Zweifel ziehen, dass es ein Stadt-Land-Gefälle gibt, welches sich unter anderem auch in der Mobilisierungsfähigkeit von Parteien für Aktionen widerspiegelt, oder aber bei Wahlergebnissen.

Ich selbst lebe im sogenannten ‚ländlichen Raum‘, bei Königstein. Mir ist sehr bewusst, welche unterschiedlichen Alltagsherausforderungen in Stadt und Land vorhanden sind. Ich will mich daher im Landesvorstand dafür einsetzen, dass eine ländliche Perspektive noch stärker in die Debatten einfließt. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch ein Puzzle zum Wieder-stärker-werden unserer Partei sein kann.

Ich bitte um Eure Stimme für meine Mitarbeit im Landesvorstand.

Impressum

Herausgeber: Lars Kleba, Landesgeschäftsführer

Layout & Satz: Robert Wünsche

Redaktionsschluss: 01.11.2022, 17.00 Uhr